

Haushaltsrede 2021

Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Renningen

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

wir beginnen unsere Haushaltsrede 2021 mit einem kurzen Rückblick auf unsere Haushaltsrede aus dem Jahr 2009, damals forderten wir, dass Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und zur Förderung der regenerativen Energiegewinnung sowie zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Priorität haben müssen. 12 Jahre später sind diese Themen geblieben, haben noch immer nicht die notwendige Priorität, und sind viel dringlicher geworden.

Im Herbst 2020 schreibt das Wuppertaler Institut in der Studie:

„Wie Deutschland bis 2035 CO₂-neutral werden kann“:

Die Gletscher schmelzen. Die Meeresspiegel steigen. Hitzewellen und Starkregen nehmen zu. Die Folgen des Klimawandels sind weltweit sicht- und spürbar. Das Zeitfenster zum Handeln verkleinert sich. Unser fairer Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels kann nur noch geleistet werden, wenn die kommende Bundesregierung die Transformation des Energiesystems als Kernthema angeht und ihre Politik konsequent auf das Ziel eines klimaneutralen Energiesystems bis 2035 ausrichtet. Eine zügige und zeitnahe Einsparung von CO₂-Emissionen muss in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft oberste Priorität haben. Sonst dürfte das nicht zu schaffen sein.

Das sind Fakten, die uns alle auch in Renningen beschäftigen müssen und uns klar vor Augen halten: Wir müssen jetzt handeln.

Ein tolles Beispiel vor Ort, wie nachhaltiges Bauen funktionieren kann zeigt das geplante Bauprojekt des Kindergartens in der Merklinger Straße in Malmsheim. Dort ist viel

nachhaltigkeit mit eingeflossen, - besser geht es immer, doch ein guter Schritt in die richtige Richtung, vor allem in die Zukunft, in der wird bald klimaneutral sein wollen.

Was uns dagegen Sorge bereitet ist das Neue Rathaus – schon der Name an sich ist fragwürdig, da es sich vor allem um ein sanierungsbedürftiges Gebäude handelt. Dabei riet uns die KEA in ihrem Vortrag zu kompakter Bauweise.

Die Folgekosten, vor allem auch der notwendigen energetischen Sanierung dieses alten Bankgebäudes, werden uns noch sehr lange beschäftigen.

Der Klimaschutz darf bei diesem und allen anderen Projekten nicht auf der Strecke bleiben, denn sowohl die Bürger, die an der Online-Bürgerbeteiligung teilgenommen haben, als auch die Bürger, die sich bei der Bürgerbeteiligung im Bürgerhaus vor Ort engagiert haben, stellten das Thema Klimaschutz als Aufgabe unserer Stadt deutlich in den Mittelpunkt. Bereits in unserer letzten Haushaltsrede haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass wir uns als letzte Kommune unseres Kreises dazu entschlossen haben, ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln. Das Thema ist im Gemeinderat gut angekommen und wird von allen Seiten unterstützt. Lediglich die Verwaltung tut sich noch ungewohnt schwer. Noch nie verzögerten sich Projekte, weil Zuschüsse vergessen wurden.

Für den Stadtentwicklungsplan sind 227.000 € (für 2020 bis 2022) vorgesehen, für Verkehrskonzepte dieses Jahr 76000 €, für das Klimakonzept in diesem Jahr nur 20 000 €.

Hallo! Aufwachen!

– wo soll für dieses Geld ein Konzept herkommen?

Vielleicht braucht es dafür die Erleuchtung durch die Weihnachtsbeleuchtung. Dafür sind 30 000 € vorgesehen. Die Priorisierung von wichtigen Themen hatten wir uns anders vorgestellt! Insgesamt fürchten wir, dass diese Größenordnungen die Wertschätzung der Themen durch die Verwaltung widerspiegeln.

Doch nicht nur die Verwaltung ist gefordert - auch hier im Gemeinderat muss weiter hart daran gearbeitet werden, dass jede Entscheidung, die von uns getroffen wird, darauf zu überprüfen ist, ob sie die optimale Lösung für den Klimaschutz enthält. Die Entscheidungen zum Baugebiet Schnallenäcker III sind bis jetzt enttäuschend ausgefallen

insbesondere was die Vermeidung fossiler Brennstoffe oder die Verkehrsberuhigung anbelangt.

Die Wertschätzung und den Dank für diese Investitionen werden wir erst durch zukünftige Generationen erhalten. Wem das nicht genügt? Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst!

Ein weiterer Punkt, der uns in den letzten Woche versucht wurde vorsichtig nahe zu bringen und uns große Sorgen bereitet, ist unsere Finanzlücke in den folgenden Jahren: Die Unschärfe des Haushaltsergebnisses durch die fehlende Eröffnungsbilanz und die Nichtfestlegung der richtigen Höhe der Abschreibung macht uns eine Beurteilung des Haushalts schwer. Hat unsere Finanzverwaltung wenigstens noch ein Gespür für diese Unschärfe so haben wir als Gemeinderäte nur die absolute Zahl und eine Ahnung wie sich diese durch kommende Investitionen verändern wird. Mit 3,75 Mio spielt diese Zahl schon eine wesentliche Rolle.

Insgesamt teilen wir die Einschätzung der Verwaltung, dass mit Blick auf die Einschränkungen durch Corona der diesjährige Fehlbetrag von 2,2 Mio hinnehmbar ist, sehen aber, dass wir mit unseren Investitionen einen gefährdeten Ergebnishaushalt haben. Stellschrauben gibt es wenige wenn wir unsere Aufgaben ordentlich erledigen wollen. Aus diesem Grund halten wir die geplante Klausurtagung des Gemeinderates zur Finanzplanung für dringend geboten.

Verfälscht ist der Jahresblick auf die Finanzen immer durch mehrjährige Grundstücksgeschäfte. Aufgebläht ist der Haushalt weil 11 Mio Einnahmen für Grundstücke und 3 Mio Ausgaben für das Baugebiet verrechnet werden. Den Rekordinvestitionen von 40 Mio stehen auch die Einnahmen aus den Grundstücken gegenüber, nicht zu vergessen 4 Mio durch den Kauf des „alten neuen Rathauses“ was auch schon mit 10 % zu Buche schlägt.

Interessant ist, dass bei der Einbringung des Haushalts gesagt wurde, dass man das Volumen der Baumaßnahmen auf ein machbares Volumen zurückschrauben will und sich die Ausgaben für Baumaßnahmen tatsächlich gegenüber 2019 verdoppeln. Auch spaßig, die Geldanlage bei der Netze BW über 4,6 Mio unter den Baumaßnahmen zu verstecken.

Gleichzeitig bleibt wenig, dass sich bei den Baumaßnahmen verschieben lassen würde. Lohnend wäre, wenn sich der Hochwasserschutz und die Brücke Hinter dem Berg noch etwas verzögern würden.

Wenn die nun absehbare und seit Jahren erwartete Schuldenaufnahme durch einen Kredit an die Netze BW verursacht wird und wir sehen, dass notwendige Investitionen im Bildungsbereich getätigt werden schreckt nicht die Höhe des Schuldenstandes sondern der zukünftig sinkende Zahlungsmittelüberschuß wegen weiter steigender Abschreibungen und Personalkosten. Wesentliche Veränderungen der Einnahmesituation fallen schwer. Die für 2022 geplante Anhebung der Grundsteuer sehen wir mangels anderer Stellschrauben als machbar an.

Mit diesem Haushalt müssen wir eine Richtungsentscheidung treffen. Gehen wir die sich aus dem Bevölkerungswachstum ergebenden hohen Investitionen an und beschränken damit den nächsten Gemeinderat in seinen Spielräumen oder verzichten wir auf notwendige Investitionen im Bildungsbereich?

Indes gab es interessante Stellungnahmen zur Riedwiesensporthalle. Schnallenäcker 2 und 3 waren seit Jahren geplant. Ein Neubaugebiet nach dem anderen wird hochgezogen und die Infrastruktur hinkt schon bei der Kleinkindbetreuung hinterher. Auch Sporthallen gehören zum rasant wachsenden Platzbedarf an den Schulen dazu. Die Sporthallenbelegung ist schon lange am Anschlag, Vereine müssen sich in anderen Kommunen einmieten.

Umso erstaunlicher, dass gerade bei der Abstimmung zu diesem Projekt sich Gemeinderatskollegen von den Freien Wählern und der CDU enthielten. Das Ganze mit Blick auf die Finanzen und die Kostenentwicklung. Ja, Herr Schautt, wir erwarten in Zukunft laut unserer Kämmerer Schulden in achtstelliger Höhe und auch Sie, Herr Geyer wollen sicherstellen, dass die Stadt in Zukunft handlungsfähig bleibt.

Können Sie, verehrte Gemeinderatsmitglieder, dann bitte mal verraten, warum Sie der Anlageinvestition von 4,6 Millionen Euro bei der Netze-BW zugestimmt haben? Wohl

wissend, dass größere Investitionen im Bau- und Sanierungsbereich in naher Zukunft auf uns zu kommen? Wenn der Rechnungshof uns den Hahn zudreht, dann können wir uns ja an den paar Euro Renditegewinn erfreuen, während dringend notwendige Investitionen nicht mehr möglich sind.

Ich möchte hier auch auf die aktuelle Situation unserer Nachbargemeinde Weissach hinweisen, die ebenfalls Geldanlagen bei einem inzwischen insolventen Unternehmen, der Greensill Bank, getätigt hat. Deren Bonität wurde kurz zuvor ebenfalls mit einem Rating zwischen A- und Triple B von Moodys und Fitch eingestuft, war juristisch einwandfrei und der Gemeindegemeinde hatte nichts dagegen.

Im Unterschied zu Weissach werden wir dieses Geld jedoch nicht übrig haben, sondern müssen unsere Geldanlage über einen Kredit finanzieren. Auch unsere 4,6 Millionen sind nicht durch einen Einlagensicherungsfond geschützt.

Geld günstig aufnehmen und am Kapitalmarkt einträglich investieren ist klassisches Bankgeschäft und nicht die Aufgabe einer Kommune. Wir spielen hier mit den Steuergeldern unserer Bürger.

Das es zudem auf gut schwäbisch ein „Gschmäckle“ hat, wenn wir Gelder bei einem Unternehmen anlegen, an das wir später Aufträge erteilen, versteht sich von selbst.

Weitere Investitionen in dringend notwendige Infrastruktur wie z. Bsp. Sporthallen, Kindertagesstätten oder Klimaschutzmaßnahmen wie z. Bsp. Baumpflanzungen mit nachhaltigen Bewässerungssystemen im Stadtgebiet oder die Erweiterung unserer Nahwärmeversorgung könnten so über Jahre hinweg nicht möglich sein.

Hoffen wir, dass das gut geht.

Wesentlichster Einzelposten im städtischen Haushalt sind die Personalkosten. Wir haben an dieser Stelle nicht die Spendierhosen der SPD Fraktion an, aber wir sehen sehr klar, dass sich Aufgaben in einer Kommune nicht von alleine erledigen. Fast 19 Millionen Personalkosten – vor 10 Jahren waren es noch 9 Millionen, sind ein wichtiger Ansatzpunkt. Aber im Wesentlichen sind die Kosten in den sozialen Einrichtungen von 3 auf über 10 Millionen gestiegen. Die bessere Kinderbetreuung wollen wir nicht mehr

zurückdrehen. Die Stadt wächst und mit ihr die Aufgaben. Das wird besonders in den Personalkosten spürbar. Aber die Personalkosten bergen auch Drohpotential. Selten werden alle bereitgestellten Gelder benötigt weil Stellennachbesetzungen dauern. Die unbesetzten Stellen des Klimaschutzmanagers, des Archivars und die Nachfolge von Herr Teich ergeben erste Spielräume die aber leider bei den sich abzeichnenden Finanzierungslücken keine Wirksamkeit entfalten können. Es scheinen eher die wenigen Tropfen auf dem heißen Stein zu sein.

Soweit die Einleitung zu unserem einzigen Haushaltsantrag: Die zusätzliche Stelle im Gemeindevollzugsdienst scheint uns entbehrbar zu sein und wir beantragen die Streichung. Um weiterhin Geschwindigkeitsüberwachung durchführen zu können braucht es keine zusätzliche Personalstelle. Die anmietbaren Anhängermodelle kommen ohne ständigen doppelten Personaleinsatz aus und machen längere Überwachungsintervalle möglich.

Eine wachsende Stadt macht durch mehr Menschen und mehr Siedlungsfläche mehr Aufwand. Die Entwicklung der Personalkosten mit einer Verdoppelung im Zehnjahres-Rhythmus ist immens und auch diesem Wachstum geschuldet. Hier sehen wir einen Ansatzpunkt. Wenn wir durch Innenentwicklung den Anteil von Einwohnern pro Straßenlaterne, laufenden Meter Kanal oder m² Straßenfläche erhöhen können, dann haben wir ein gutes Mittel um die Kosten pro Einwohner zu senken. Das heißt nicht Verdichtung um jeden Preis. In Sachen Effizienz machen wir uns auch Sorgen, weil die Höhe der Gewerbesteuer nicht mit der Flächenentwicklung der Gewerbegebiete mithält.

Den Überlegungen unseres Beigeordneten aus finanziellem Druck im Renninger Süden Ackerflächen zu versiegeln werden wir nicht zustimmen, ein Gewerbegebiet kommt für uns dort nicht in Frage. 8 Millionen € Kosten zur Erschließung des Gewerbegebiets sind in unserem Schuldenberg mit eingerechnet, was diese Zahlen künstlich erhöht. Das ist die falsche, nicht zielführende Denke.

Im Renninger Norden werden leider durch die Corona-Krise Standorte wegbrechen und eine bessere Nutzung kann gefördert werden. Bereits jetzt gibt es dort noch viele unbebaute Grundstücke.

Das alte Gewerbegebiet sollte sinnvoll umgestaltet werden, auch hier ist Nachverdichtung möglich. Daher ein klares Ja zum Wirtschaftsstandort Renningen. Der Einkauf bei den Einzelhändlern und die Beauftragung von Handwerkern vor Ort durch Stadtverwaltung und die Bürgerschaft ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für Nachhaltigkeit und CO2-Einsparung.

Wir sehen die Planspielchen der Straßenplaner am Kindelberg-Kreisel sehr kritisch. Dort noch mehr Verkehrsflächen anzulegen führt genau in die falsche Richtung. Die Entwicklung zwischen südlichem Ortsrand und B 295 auf Grundlage des neuen Stadtentwicklungsplans, aktuellen Verkehrsprognosen und vor dem Hintergrund unserer Beschlussfassung zu den Pariser Klimazielen müssen und wollen wir neu diskutieren.

Wir wünschen uns auch weiterhin eine offene Diskussionskultur im Gemeinderat, bei der nicht unbedingt nach jeder Äußerung eine Stellungnahme des Vorsitzenden notwendig ist. Das würde die kommunalpolitischen Debatten abkürzen und der Vorsitzende hätte die bequeme Situation sich nur noch auf ein Fazit konzentrieren zu können. Leidenschaftliche Diskussionen sind ein Zeichen dafür, dass die Stadtverwaltung sich als Dienstleister für die vom Gemeinderat vertretenen Bürger sieht und diesen nicht als Abnickverein betrachtet, denn wir sitzen im Gemeinderat um die Interessen unserer Bürger und Bürgerinnen zu vertreten. Leider benötigt dies während der Covid-Pandemie viel mehr Sitzungszeit, da vieles unter den Fraktionen bisher in der Nachsitzung ausführlich diskutiert werden konnte. Dass dies Angesichts der aktuellen Lage nicht möglich ist, bedauern wir sehr.

Zum Schluss bedanken wir uns bei Ihnen Herr Bürgermeister Faißt, bei Ihnen, Herr Beigeordneter Müller, der gesamten Stadtverwaltung und den Mitgliedern des Gemeinderates für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.